

## Die Zeit ist reif für einheitliche Studiengebühren

Über die richtige Höhe von Studiengebühren lässt sich trefflich streiten. Den einen erscheinen sie zu hoch, andere sind der Meinung, sie müssten deutlich angehoben werden. Aus verständlichen Gründen setzen sich Studierende eher für niedrige Gebühren ein. Wenig einsichtig sind regionale Unterschiede und solche zwischen Fachhochschulen und Universitäten. Weshalb sollen die Gebühren in Luzern anders sein als in Bern oder Zürich? Warum jene an der Hochschule Luzern höher als die der Universität am selben Ort?

Studiengebühren werden politisch festgesetzt und haben mit den realen Kosten eines Studiengangs wenig zu tun. Selbst bei kostengünstigen Studiengängen wie etwa jenen der Wirtschaft oder der Rechtswissenschaften übernehmen die Studierenden mit ihren Gebühren gerade einmal einen Zehntel der effektiven Kosten. Bei aufwändigen Studiengängen wie etwa der Musik oder Medizin sind es nur wenige Prozente.

Wenn Studiengebühren politisch festgelegt werden, welches sollen dann die Parameter sein, die sie bestimmen? Über dem Eingangportal der Universität Zürich steht: «Durch den Willen des Volkes». Denkt man an die rückständige und ärmere Bevölkerung des 19. Jahrhunderts, so war das eine revolutionäre Aussage. Es war ein klares Bekenntnis zur Bildung – auch der tertiären Bildung – als Volksgut. Bildung sollte nicht ein Privileg der Elite sein, sondern allen offenstehen. Diese urdemokratische Ausrichtung des schweizerischen Bildungswesens sollten wir uns bewahren. Das spricht für die Beibehaltung niedriger Studiengebühren.

Jedoch ganz auf Studiengebühren zu verzichten, wäre meines Erachtens falsch. Ein Minimum an monetärer Eigenleistung ist wichtig, um für jeden und jede den Wert sichtbar zu machen, welchen ein Bildungsangebot darstellt. Zu Recht erwarten wir von den Studierenden Engagement und eigene, nicht monetäre Leistungen, die erst im Zusammenspiel mit den Angeboten der Hochschulen und den finanziellen Zuwendungen der Öffentlichkeit zum Erfolg führen können.



Walter Schmid, Direktor der Hochschule Luzern – Soziale Arbeit, plädiert für moderate und vor allem schweizweit einheitliche Studiengebühren. Die föderale Gebührenvielfalt ist in einer Zeit, da vom «Bildungsstandort Schweiz» die Rede ist, überholt.

Wenig kann ich den immer wieder erhobenen Forderungen nach massiver Erhöhung der Studiengebühren abgewinnen, um damit die Qualität der Ausbildung zu verbessern. Die Konsequenz wäre der schrittweise Rückzug des Staates aus der Finanzierung der tertiären Ausbildung und die Privilegierung der Studierenden aus reicheren Gesellschaftsschichten. Beides kann nicht im Interesse der Schweiz sein, die schon vor 150 Jahren erkannt hat, dass Bildung die entscheidende Ressource für ihren Wohlstand ist.

Aber eines wünsche ich mir: dass die Studiengebühren in der Schweiz vereinheitlicht werden. Es gibt keinen Grund, dass eine Ingenieurin in Genf mehr bezahlen soll als in Winterthur oder ein Studierender in Sozialer Arbeit in Basel weniger als in Luzern. Schon gar nicht lassen sich unterschiedliche Gebühren innerhalb eines Kantons rechtfertigen. Föderale Gebührenvielfalt hat im Zeitalter eines gemeinsamen Bildungsstandortes Schweiz ausgedient.